

## Die neuen Widersprüche<sup>1</sup>

### 1. Konflikte und Widersprüche am Ende des 20. Jahrhunderts

Gerade zum Zeitpunkt ihres weltweiten Siegeszuges kommt der kapitalistischen Produktionsweise eine Fähigkeit abhanden, die wesentlich zu ihrem hegemonialen Geltungsanspruch beigetragen hatte: Der Fähigkeit nicht nur, Gewinne zu erzielen, sondern sich als ein allgemeingültiges Modell der Bereicherung und Entwicklung zu präsentieren, das keine unlösbaren immanenten Widersprüche hervorbringt und dem es gelungen ist, in weiten Teilen der Erde die Lebenserwartung der Menschen, den Massenkonsum und die Mobilität zu steigern und die Not und den »Idiotismus des Landlebens« zurückzudrängen.

Genau dies war es ja, was dem Kapitalismus die Kraft gab, sich gegen die Proteste und Revolutionsversuche der Lohnabhängigen zu halten, die eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Entfremdung wollten. Oder die zumindest ein politisches System wollten, in dem es nicht nur die Freiheit der Unternehmer gab, sondern auch den Lohnabhängigen politische Rechte zugestanden wurden, und die zumindest das Recht einforderten, an der Umverteilung des wirtschaftlichen Wachstums - wie begrenzt auch immer - teilzuhaben. Hier schien es ein Modell zu geben, das allen Mitgliedern der reicheren Gesellschaften zumindest eine Chance bot und das gleichzeitig auch eine große Anziehungskraft auf den Rest der Welt auszuüben vermochte.

Daher auch die Siegestöne führender bürgerlicher Kreise, als 1989 mit der UdSSR jede Alternative zum Kapitalismus zusammenzubrechen schien. Aber seitdem sind nur wenige Jahre vergangen, und schon zeichnen sich tiefgehende Widersprüche innerhalb dieses siegreichen Systems ab, dessen Grundfesten von außen nicht zu erschüttern waren.

---

1 Dieser Text ist der nur unwesentlich gekürzte Schlußteil eines längeren Essays, den Pietro Ingrao und Rossana Rossanda im Juli 1995 abgeschlossen haben und der demnächst ungekürzt und zusammen mit anderen Beiträgen im VSA-Verlag erscheinen soll. In den vorhergehenden Teilen, die hier nicht dokumentiert werden können, analysieren Ingrao und Rossanda zunächst das veränderte Profil des heutigen Kapitalismus (Zusammenbruch des »realen Sozialismus«, Globalisierung, Übergang vom »Fordismus« zum »Postfordismus«, die Folgen für die Lohnabhängigen und für den Sozialstaat) und sodann den »Fall Italien«.

*Die Krise der planetarischen Ressourcen*

Über lange Zeit hinweg hat die Industrie in vielfältiger Weise Rohstoffe genutzt, ohne daß man jemals ernsthaft die Frage stellte, ob diese denn überhaupt in unbegrenztem Maße zu Verfügung stünden. Lange Zeit schien die räumliche Ausbreitung der industriellen Produktionsstätten die Umwelt nicht ernsthaft zu gefährden, auch wenn dadurch das Verhältnis zwischen Stadt und Land verändert, Völker und Kulturen in Bewegung gesetzt, das Gleichgewicht zwischen Oberfläche und Gewässer verschoben und die Atmosphäre vergiftet wurde. Das Überlebensgleichgewicht schien zwar lädiert, aber nicht tödlich getroffen zu sein, und zwar weder im Hinblick auf die Erschöpfung der Rohstoffe (Energie, Holz, Gewässer usw.), noch im Hinblick auf die Reproduktion des Ökosystems (die Qualität von Luft und Wasser, die Erhaltung des Klimas, die Reproduktion der physikalisch-chemischen Lebensgrundlagen).

Dies ist nun seit einiger Zeit nicht mehr so. Das Ungleichgewicht ist mittlerweile so besorgniserregend, daß die Vereinten Nationen die Konferenz von Rio de Janeiro einberiefen, wo auf die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuorientierung der Beziehung zwischen menschlicher Tätigkeit und Natur hingewiesen werden mußte. Das Desaster von Tschernobyl ist für den common sense zum Symbol dieses Problems geworden: Was noch in den 70er Jahren nur die Aufmerksamkeit sensibler politischer Minderheiten auf sich zog, ist inzwischen zum unbestrittenen Gemeinplatz geworden, daß nämlich die Ursache für die nicht mehr tragbare Beschädigung unseres Ökosystems in erster Linie im Prozeß der Industrialisierung zu suchen ist. Wobei bis heute unter Industrialisierung die kapitalistische Produktionsweise auf der Grundlage privater oder staatlicher Eigentumsverhältnisse zu verstehen ist. Und in der Tat: Unter der Umweltgefährdung hat der Osten nicht weniger als der Westen gelitten.

Aber den von Beobachtern, Völkern und Regierungen in Rio fast einstimmig gewünschten Maßnahmen - Beschränkung des Rohstoffverbrauchs, Begrenzung des Ausbringens von Abfällen, Sanierung kontaminierter Bereiche zu Lande, zu Wasser und in der Atmosphäre - folgen bislang keine operativen Entscheidungen zu ihrer Umsetzung. Die Regierungen, die sie eigentlich per Gesetzgebung realisieren müßten, scheinen nicht in der Lage zu sein, bremsend und regulierend auf die Entscheidungen der Industrie- und Handelsunternehmen einzuwirken (und auch nicht die Zerstörung z.B. der Waldbestände einzudämmen, die von den marginalisierten Ökonomien des Mangels angerichtet werden). Und es gelingt auch nicht, die verschmutzten Gewässer zu reinigen oder elementare Umweltgüter wie etwa die Ozeane und die Atmosphäre vor Verunreinigung wirksam zu

schützen. Das Produktionssystem entzieht sich der politischen Willensbildung oder fordert sie sogar heraus; die Unternehmen beschränken sich darauf, ihre umweltgefährdenden Produktionen in wirtschaftlich schwächere Gegenden oder Länder mit geringeren Kontrollen zu verlegen oder ihre giftigen Abfälle dorthin zu exportieren. Das Konsummodell scheint einen Zwang hervorzubringen, der sich stärker als das Wissen um die dadurch erzeugte Katastrophe erweist (z.B. das Automobil im Westen).

Zur Problematik der Ressourcen gesellt sich das Problem der immer stärkeren Zunahme der Weltbevölkerung. Ihre Zahl nähert sich unaufhaltsam der Sieben-Milliarden-Grenze. Und es ist evident: Hätten alle Zugang zu dem Konsumstandard, der heute den Bewohnern des Westens unerlässlich erscheint, wäre der Planet unbewohnbar. Bis zur Konferenz von Kairo vor zwei Jahren standen die Weltbevölkerungskonferenzen noch ganz im Zeichen des Gegensatzes zwischen einem Norden, der den Süden aufforderte, sich der Geburtenkontrolle zu unterwerfen, und einem Süden, der diese Forderung als illegitim zurückwies, da er darin ein erneutes Beispiel für den westlich-imperialistischen Herrschaftsanspruch auf verfügbare Ressourcen, rechtlose Arbeitskräfte und zu manipulierende Politiksysteme sah. Inzwischen beginnen jedoch nicht nur China, das sich schon seit längerem diesem Problem stellt, sondern auch die Länder der sogenannten »Dritten Welt« die Frage nach dem Verhältnis von demographischem Wandel und verfügbaren Ressourcen aufzugreifen. Dabei überkreuzt sich der Nord-Süd-Gegensatz mit dem ins Bewußtsein tretenden Konflikt zwischen den Geschlechtern, der in die dringende Forderung der Frauen mündet, die Reproduktion des Lebens, für die sie bisher nur das Instrument waren, ihrer Kontrolle zu überlassen. Aber auch unter diesem Aspekt scheint die dominante Produktionsweise aus sich heraus nicht zur Selbstkorrektur und zu nachhaltiger Entwicklung fähig zu sein.

Ein solcher Ausgang widerspricht einem Grundpfeiler der Kultur der Aufklärung, wonach aus der technologischen Beherrschung der Natur durch den Menschen nur »Fortschritt« resultieren könne. So trifft die Krise einen wesentlichen Nerv westlichen Bewußtseins; statt in der Form der Problematisierung drückt sie sich vor allem in der Konfrontation zwischen Notwendigkeit und Wissensdrang, zwischen Transformation und Konservation aus.

### *Ungleiche Entwicklung*

Die Ungleichheit der Entwicklung wurde lange Zeit sowohl auf nationaler wie auf globaler Ebene als ein Rückstand betrachtet, der durch wirtschaftliches Wachstum und den Zugang aller Staaten zu den eigenen Ressourcen

und Produktionsmitteln, den das Ende der Kolonialherrschaft ermöglichte, aufgeholt werden könnte. Diese Annahme hat den Unabhängigkeitsbestrebungen in den Ländern der »Dritten Welt« Vorschub geleistet und schien sie in den 60er Jahren auf eine Entwicklungsbahn zu führen, die in ähnlicher Weise auch der Westen - wengleich in einem etwas langsameren Tempo - mit der Entstehung und Entwicklung der Industrie durchlaufen hatte. Dies galt sowohl für die Länder, die das privatkapitalistische Modell, wie auch für diejenigen, die das Modell einer sozialistischen oder »progressiven« Einheitspartei übernommen hatten.

Daß dieses Wachstumsmodell aus immanenten Gründen, und nicht nur aufgrund der Überlegenheit wirtschaftlich stärkerer über wirtschaftlich schwächere Länder, zu keiner tendenziell homogenen, sondern zu einer strukturell ungleichen Entwicklung führt, wurde in den 60er und 70er Jahren nur von einigen linken Wissenschaftlern thematisiert.

Seit einigen Jahren hingegen wird dies nun auch von allen internationalen Beobachtern und den Vereinten Nationen festgestellt. Die sich öffnende Schere zwischen Ländern mit beschleunigtem Wachstum und Ländern mit unaufholbarem wirtschaftlichen Rückstand - die sog. »Abkoppelung« vom weltwirtschaftlichen Entwicklungszug - ist unübersehbar. Die nach 1989 siegreiche Ideologie des Wirtschaftsliberalismus, die sich etwa in den Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wieder spiegelt, führt zu Ergebnissen, die in einem immer krasserem Gegensatz zu den proklamierten Zielen stehen: Die Maßnahmen zum Schuldenabbau, zur Kontrolle der Inflation sowie ganz allgemein zur »Sanierung«, die sich daraus ergeben soll, daß man der »Schocktherapie« des Wettbewerbs ausgesetzt wird, bringen diese Länder nicht auf die Bahn einer Entwicklung, sondern noch weiter in Rückstand.

Die Daten sprechen für sich: nicht nur daß sich 80% des Reichtums der Erde auf 20% der Weltbevölkerung konzentrieren, sondern daß sich am anderen Ende der Einkommensskala 20% Prozent der Menschen im freien Fall unter der sogenannten »Armutsgrenze« befinden. Und die dazwischen liegenden 60% der Weltbevölkerung tendieren zur Verringerung ihres Einkommensanteils, da sich die Quoten vermindern, die bisher auf die Lohnabhängigen mit unbefristetem Arbeitsverhältnis und auf die sog. Mittelschichten entfielen. Die jährlich von den Vereinten Nationen veröffentlichten Berichte und Zahlen über die globale Einkommensverteilung belegen, daß auch diese Schere sich weiter öffnet.

Die Geschwindigkeit, mit der die Ungleichheit zunimmt, wird noch deutlicher, sobald nicht nur die Höhe des Bruttosozialproduktes verglichen, sondern auch komplexere Indikatoren herangezogen werden, die von den Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren eingeführt wurden. Danach

wird die wirtschaftliche Entwicklung auch nach dem jeweiligen Bildungsniveau, der Krankheits- und der Sterberate bemessen. Unter diesen Gesichtspunkten erscheint die Ungleichheit noch größer. Auch die - zumindest auf mittlere Sicht vermutete - Gleichsetzung eines wachsenden Brutto-sozialprodukts mit einer verlängerten Lebenserwartung oder einer verbesserten Lebensqualität ist nicht mehr zu halten.

Dieses zunehmende Auseinanderdriften läßt das Weltbild zerfallen, das die Arbeiterbewegung auch ihren Gegnern aufgezwungen hatte. In der Nachkriegszeit sprach man von einer »Ersten Welt«, den westlichen Ländern unter der ökonomischen und militärischen Hegemonie der USA, einer »Zweiten Welt«, wie sie der sozialistische Block unter der Führung der Sowjetunion darstellte, und einer sogenannten »Dritten Welt«, die sich außerhalb dieser beiden direkten Einflusssphären befand. Nachdem sich die Hoffnungen, die sich in den 60er Jahren an die Unabhängigkeit geknüpft hatten, nicht erfüllten, schien den Ländern der »Dritten Welt« - aufgrund ihrer Unterlegenheit auf dem kapitalistischen Weltmarkt sowie der Unfähigkeit des sozialistischen Lagers, gegenüber dem Kapitalismus eine reale Alternative anzubieten - zumindest ihre Schwäche, ihre Identität und ihr Wunsch nach Autonomie gemeinsam zu sein.

Aber auch hier hat sich die Situation geändert. Vor allem durch die Ölkrise des Jahres 1974 sind die OPEC-Staaten auf den internationalen Kapitalmärkten zu potenten Akteuren geworden, die sich in verschiedenen Weltgegenden betätigen. Dabei haben sie in bestimmten - insbesondere asiatischen - Ländern der Dritten Welt zur Entstehung neuer Produktionsstandorte und Finanzzentren beigetragen. Hingegen geht von den arabischen Staaten, die als Teil der Dritten Welt eine »progressive« Identität angenommen hatten, nicht mehr viel Einfluß aus. Der deutlichste Beweis hierfür ist der Golfkrieg gewesen. Das postfordistische Kapital, das sich auf der Suche nach billigen und leistungswilligen Arbeitskräften aller räumlichen Bindungen entledigte, hat sich auch hier durchgesetzt (siehe die Regionen der Dritten Welt, wo es sich, wie im südostasiatischen Raum, mit dem wachsenden japanischen Einfluß überlagert).

Die »Erste Welt« scheint nicht mehr vom amerikanischen Imperium, sondern von der sogenannten Triade (USA, Japan, Deutschland) gesteuert zu werden. Nordamerika, die asiatisch-pazifischen Länder sowie Westeuropa haben zusammengenommen ihre dominierende Position im Welthandel um 10 v.H. auf 50% des Welthandelsanteils ausbauen können. Die »Zweite Welt« existiert nicht mehr, wobei China keinen eigenen Block darstellt, sondern zu den Entwicklungsländern zu zählen ist. Die »Dritte Welt« schließlich unterteilt sich in mehrere Pole unterschiedlicher wirtschaftlicher Stärke: starkes wirtschaftliches Wachstum in Hongkong, Südkorea,

Taiwan und Singapur; verhaltenes Wachstum in der Türkei, Thailand und Malaysia; schließlich Marginalisierung oder Rückgang des Wachstums, wie in vielen afrikanischen Ländern.

Dabei ist festzuhalten, daß die Entwicklungspole auch ihrerseits Kapitalien freisetzen, die sich sowohl nach Norden wie auch nach Süden bewegen. Sie bewegen sich dorthin, wo die Investoren einerseits auf relativ niedrige Lohnkosten und Sozialstandards setzen und auch noch Skalenerträge erwirtschaften können, und wo sie andererseits auf eine traditionelle Arbeitsdisziplin treffen, die sie in die Lage versetzt, in Konkurrenz zur Triade zu produzieren, wobei sie sich vom eigenen Hinterland abkoppeln.

In diesem Bild einer disparaten Entwicklung, die ganze Kontinente wie etwa Lateinamerika erfaßt, scheint lediglich Afrika insgesamt an Geschwindigkeit zu verlieren und von der weltwirtschaftlichen Entwicklung abzudriften. Nach der Ölkrise 1974 haben die vorwiegend dem Mittleren Osten angehörenden OPEC-Staaten ihre erwirtschafteten Petrodollars eher in die weltweiten Finanzmärkte als in produzierende Unternehmen investiert. So ist der Mittlere Osten zu einer einzigartig finanzträchtigen, politisch jedoch konservativen Region geworden, die das israelisch-palästinensische Konfliktgebiet umgibt.

Wenn man neben diesen weltwirtschaftlichen Veränderungen auch noch die Schwierigkeiten der ehemaligen Ostblock-Staaten - mit Ausnahme von Polen und Ungarn - beim Übergang zur Marktwirtschaft in Betracht zieht und zudem die sich in ihrem Innern schnell ausbreitenden spekulativen und kriminellen Netzwerke berücksichtigt, so liegt die Schlußfolgerung nahe: Das weltweite marktwirtschaftliche System hat die Fähigkeit, vielleicht sogar das Ziel verloren, ein Produktionsmodell zu verbreiten, das auch Elemente politisch-sozialer Stabilität aufweist (wofür der Fordismus mit seinem Wechselspiel von Konflikt und Kompromiß ein Beispiel war). Das postfordistische Kapital ist weniger auf den Lohnarbeiter angewiesen, und wo dies doch der Fall ist, versucht es ihm die politischen und gewerkschaftlichen Rechte abzuerkennen, die zur Installation eines auf Konsens gegründeten Systems führen könnten.

So wird verständlich, weshalb Europa hier als Ausnahme erscheint, da es die unternehmerische Freiheit immer noch zu sehr beschränkt. Der Druck verstärkt sich, die den Lohnabhängigen noch verbliebene Verhandlungsmacht im Hinblick auf Einkommen und soziale Sicherheit zu zerstören, und zwar mit der Drohung, daß sonst die Wettbewerbsfähigkeit verloren gehe.

*Die Tendenz zur »Exklusion«*

Gegenwärtig wird der Begriff »Armut« durch den Begriff »Exklusion« ersetzt - mit dem Armutsbegriff verband der common sense in den verschiedenen großen Zivilisationen immer noch die Vorstellung, daß man sie durch Arbeit überwinden könne. Hinter dem Begriffswechsel steht die These einer zur festen Struktur gewordenen Situation, die heute einen Teil der Weltbevölkerung aus jenem Sektor ausschließt, der vom Privatkapital, den Lohnabhängigen, den Mittelschichten und den qualifizierten Dienstleistungen gebildet wird. Zu den Wohlhabenden, der Mittelschicht und den Einkommensschwachen gesellt sich die Kategorie der »Ausgeschlossenen«, deren entscheidendes Merkmal es nicht ist, daß sie über ein zu geringes Einkommen verfügen, sondern daß sie außerhalb des Produktions- und Verteilungssystems bleiben. Es handelt sich bei ihnen auch nicht mehr um eine marginale und im Prinzip wieder integrierbare Randgruppe oder um das typische Produkt der Fäulnis von Metropolen, sondern um das notwendige Ergebnis eines ökonomischen Wachstums, das ohne einen entsprechenden Zuwachs an Arbeit auskommt und deshalb auch breitere Bevölkerungsschichten aus jener bescheidenen sozialen Umverteilung ausschließen kann, welche die Lohnarbeit darstellt.

Im allgemeinen vollzieht sich diese Marginalisierung in den starken Ländern für eine gewisse Phase über Formen besonders subalternen Arbeit, und zwar in dem Sinne, daß sie besonders verfügbar, kontingent, personalisiert und prekär ist; sie findet sich vor allem in den wenig qualifizierten, distributiven und reproduktiven Dienstleistungen in den Städten. Die Objektivität der abstrakten Arbeit ist ihr verloren gegangen, und damit auch die tendenzielle Identifikation des Lohnabhängigen mit der Gruppe oder Klasse. Es ist somit eine Arbeit, die sich niemals als Subjekt konstituiert, weder auf vertraglicher und erst recht nicht auf politischer Ebene.

Die Exklusion verändert auch den Blickwinkel, unter dem bisher die Teilung der Welt in Nord und Süd, Okzident und Rest der Welt interpretiert wurde. Wir sprechen hier von der Exklusion, die ganze Regionen erfaßt, die nicht mehr in der Lage sind, im weltwirtschaftlichen Wettlauf den Anschluß zu finden. Davon ist der Großteil der afrikanischen Staaten betroffen. Wir sprechen aber auch von der Exklusion, die gegenwärtig in entwickelte Regionen eindringt. Hier präsentiert sie sich nicht so sehr als »neue Armut« (d.h. als relative Armut hinsichtlich des vorherrschenden westlichen Konsummodells), sondern als alte Armut in dem Sinne, daß es zur modernen Langzeit-Arbeitslosigkeit bzw. zur Blockierung jeden Beschäftigungszugangs in früher traditionell produktiven Bereichen kommt, so daß die betroffenen Menschen an den Rand der öffentlichen Fürsorge getrieben

werden. Es handelt sich um die städtischen Ghettos, die sich chaotisch entwickeln, weil das Hinterland demographisch ausblutet, und um das Anwachsen illegaler sozialer Gebiete, die von dem Mechanismus, der sie hervortreibt, nicht wieder integriert werden können und zunächst zur konfliktorischen Separation neigen, um dann isoliert und abgerissen zu werden. Die Haftanstalten, die eine bislang nicht bekannte Dimension angenommen haben, sind das Ergebnis dieser Exklusion und ihrer Institutionalisierung. Auch sie stellen eine brutale Antwort auf ein Problem dar, für das der ökonomische Mechanismus keine Lösung mehr hat und das deshalb der Gemeinschaft aufgebürdet wird - der Gemeinschaft, die sich um die Existenz derer zu kümmern hat, welche keine Arbeit haben und auch keine bekommen werden, und die sich mit den Gesetzesübertretungen zu befassen hat, welche die Marginalisierten als Abwehr- oder Aggressionsreflex produzieren.

Die Kopenhagener UN-Konferenz von 1995 hat von dieser Tendenz Kenntnis genommen. Die reichen Staaten haben aufgehört, sie als spezifische Katastrophe der armen Ländern zu betrachten und ihnen ihr eigenes Integrationsmodell aufzudrängen. Sie haben gleichzeitig anerkannt - ohne allerdings über adäquate Gegenmaßnahmen zu verfügen -, daß die Tendenz zur Exklusion letzten Endes die Folge eines diesen Ländern immanenten ökonomischen Wachstumstrends ist.

### *Die Ausbreitung der Kriege*

Die wachsende Ungleichheit bringt eine Vielzahl von Konflikten mit sich. Sie widerspricht der Annahme von 1989, wonach der Zusammenbruch des bipolaren Systems den Weg zum Weltfrieden freigemacht habe, und zwar in einer zum »gemeinsamen Haus« gewordenen Welt. In Wirklichkeit eskalieren heute die Konflikte, die sich in der Vergangenheit als Ausdruck der scharfen Konkurrenz zweier bedrohlicher und in das »Gleichgewicht des Schreckens« gezwungener Systeme interpretieren ließen. Es handelt sich um Konflikte, bei denen es in verschiedenen Gegenden der Welt um imperialistische bzw. neo-imperialistische Herrschaftsansprüche geht, um Handelskriege und um Reaktionen, die sich nicht mehr in ein modernes politisches Schema fügen, sondern zu den archaischen Sprachen der Ethnie und des Stammes zurückkehren.

Trotz des Rüstungswettlaufes war die bipolare Konstellation Garant für die längste Friedensphase der Nachkriegszeit, zumindest des Nicht-Krieges im Westen, während sie für die Peripherie ein Raster für Unterdrückung und Befreiung darstellte, das direkt oder indirekt auf eines der beiden Systeme Bezug nahm. Dieses Raster war Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwi-



schen den beiden Supermächten USA und UdSSR, die sich nicht nur symbolisch oder im Sinne von alternativen sozialen Ordnungssystemen, sondern staatlich und militärisch gegenseitig in Schach halten konnten.

Nachdem die Sowjetunion zusammengebrochen war und weder das Gleichgewicht des Schreckens noch das, was kurzzeitig an seine Stelle zu treten schien (ein von den Vereinten Nationen garantiertes diplomatisches Gleichgewicht), aufrecht zu erhalten war, verlagerten sich die militärischen Konfliktzonen in Regionen, die ihren bisherigen Bezugspunkt verloren hatten, d.h. an die Peripherie oder ins Innere der ehemaligen Sowjetunion bzw. des Ostblocks. Hier brachen Nationalitätenkonflikte auf, die zur Separation und zum Einsatz von Waffen führten. Jugoslawien ist hierfür das deutlichste und dramatischste Beispiel. Ebenso blutig sind die Konflikte in Georgien, Aserbaidschan oder Tschetschenien. Nur höchst selten kam es - wie in der Tschechoslowakei - zu konsensuellen Teilungen. In diesen Konflikten suchen die großen und mittleren Mächte, ohne dabei noch von dem Gleichgewicht des Schreckens gebremst zu werden, nach Formen der direkten oder indirekten Einflußnahme und fungieren als Anheizer zum Krieg. So ist es mit Deutschland im Fall Kroatien und mit Rußland im Fall Serbien.

Dasselbe gilt auch für weiter abseits gelegene Konflikte, in denen sich die Triebkräfte der um die Macht ringenden sozialen und ethnischen Gruppen auch mit äußeren Interessen (die sich auf die Rohstoffe oder auf die Ausbeutung und Kommerzialisierung der Ressourcen beziehen) verquicken. Die Vereinten Nationen sind mit ihrer Philosophie nicht in der Lage, dem Rechnung zu tragen und als Vermittler aufzutreten. Ihre letzte erfolgreiche Operation bestand darin, die amerikanische Intervention im Mittleren Osten zu decken. Als vermittelnde Kraft in Konfliktregionen ist die UNO zum Scheitern verurteilt, und sie erweist sich als zahnlos gegenüber dem tendenziellen Totalitarismus ethnischer Kriege.

Das Wiederaufleben von Fundamentalismen und Stammesideologien scheint damit einherzugehen, daß man hinter einen Modus der Konfliktaustragung zurückfällt, in dem die Bestimmung der eigenen Interessen und Ziele auch ohne die Ausrottung des Gegners auskommt. Es ist dieser kulturelle Rückschritt, in dem das Konzept der Nation zum Konzept der Ethnie degradiert. Hinsichtlich des Nationenkonzepts - auch in seiner staatlichen Form - entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen die Vorstellung eines Systems der Koexistenz, in dem zwar auch Konflikte ausgetragen wurden, aber ohne - zumindest der Absicht nach - in Destruktion umzuschlagen. Wobei in gewisser Weise das fortgeführt wurde, was den Zweiten Weltkrieg zu einem Krieg gegen den »Totalitarismus« gemacht hatte.

Das proklamierte »Ende der Ideologien« - d.h. derjenigen Kulturen, die von der Vorstellung ausgingen, der Kapitalismus könne durch eine andere Lebens- und Produktionsweise und durch eine andere Form der Selbstregierung zwischen Menschen und Völkern überwunden werden -, hat sich insoweit bewahrheitet, als es die Kultur, die sich außerhalb der Zwangsmechanismen des Marktes lokalisierte, nicht mehr gibt. Der zivilisierenden Vermittlungen beraubt, drücken sich heute die Subjekte und Interessen der ungleichen Entwicklung in Aggressions- und Verteidigungsimpulsen aus, die die Verneinung des Selbst oder des Anderen zu implizieren scheinen.

Das Scheitern aller Vermittlungsversuche erscheint so als fast notwendiges Ergebnis sowohl der sich »ethnisch« präsentierenden Konflikte (Jugoslawien, Somalia, Ruanda, Rußland und Tschetschenien) wie auch der erbitterten Handelskriege zwischen transnational agierenden Unternehmen, die sich einer Konkurrenz ausgesetzt sehen, deren Form weniger ein Wettlauf um Wachstum, sondern die Besetzung von Territorien ist.

## **2. Neue Fragen an die Linke**

Analysiert die Linke diese Widersprüche? Nimmt sie sie zur Kenntnis? Fragt sie sich, ob die Kategorien noch angemessen sind, derer sie sich in der Vergangenheit bediente, um das zu begreifen, was sich heute im Kontext der Globalisierung abspielt und in dem jedes nationale Subjekt auf einen erweiterten Gegenspieler trifft? Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Linke diesen fundamentalen Veränderungen des Produktionsprozesses nicht genug Rechnung getragen hat. Hier liegen unseres Erachtens in erster Linie die Gründe für ihren Niedergang.

Und welche Antworten geben diejenigen, die von Fall zu Fall von den neuen Entwicklungen und der Globalisierung der Kapitale betroffen werden? Von welchen Mächten und Ereignissen sehen sie sich bedroht, mit welchen Möglichkeiten, sich mit anderen Subjekten zu verbünden, die von ähnlichen Problemen bedroht und betroffen sind? Es ist schmerzlich zu sehen, daß solche Antworten entweder nicht gegeben werden oder ziellos bleiben, auf kurzfristige, sektorale oder korporatistische Fragmente oder auch auf Äußerungen der Verzweiflung verkürzt werden, die wiederum zu inneren Konflikten auf der Seite der Betroffenen führen.

Das Fehlen einer derartigen »oppositionellen« Interpretation führt zu einem theoretischen Problem, das wir hier nicht weiter erörtern können. Wir möchten nur an die Bemerkung Gramscis erinnern, welche »objektive« Bedeutung es hat, ob in einem gegebenen historisch-sozialen Szenario ein Subjekt vorhanden oder nicht vorhanden ist, das als Träger der Kritik am Bestehenden und eines Veränderungsprojekts auftritt. Unabhängig davon,

ob es diesem Subjekt gelingt, seine Vorstellungen durchzusetzen, verändert schon seine Existenz das Szenario. Daß dieses kritische Auge und dieser Veränderungswille heute fehlen, daß sie in Fragmente zerfallen sind oder kommunikationslos bleiben, ist eine wichtige Ursache für die scheinbar auswegslose und katastrophische Entwicklung der dargelegten Widersprüche.

Es sollte nicht vergessen werden, daß die Linke im Laufe dieses Jahrhunderts über eine Fähigkeit zur Analyse, Prognose und Synthese verfügte, die nicht nur die politische Auseinandersetzung und in gewisser Weise auch die Kontrahenten prägte. Sie hatte auch große universalistische Fragen menschlicher Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte auf die Tagesordnung gesetzt, alte und neue politische Subjekte auf der geschichtlichen Bühne auftreten lassen und in den Auseinandersetzungen und Revolutionen Positionen erkämpft, die die Gegenspieler zu partiellen Rückzügen, Zugeständnissen und Kompromissen zwangen. Wenn heute vom Scheitern einer Illusion gesprochen wird, so vergißt man die außerordentliche Kreativität, über die die antikapitalistische Linke verfügte.

Für die bereits in den 60er Jahren beginnende Abnahme der von der Linken ausgehenden Anziehungskraft gilt dasselbe wie für das fordistische Modell: Ihr Paradigma wurde als interpretativer Schlüssel für Realitäten angeboten, die jenseits des Bereichs, der Zeit und der Territorien liegen, deren materiellen Gehalt und reale Organisation dieses Paradigma reflektiert. Die Welt wurde auch dort als Klassenkampf interpretiert, wo sich die kapitalistische Formation noch nicht als vereinigendes Element der Gesellschaft durchgesetzt hatte. Von dieser Grenzüberschreitung wurde das ganze Jahrhundert geprägt, wobei das Links-Rechts-Schema weitgehend eine »marxistische« oder zumindest klassenmäßige Färbung angenommen hat.

Dieser schon immer fragwürdige Interpretationsansatz scheint sich mit dem Niedergang des Ostblocks, insbesondere der UdSSR als politisch-militärischer Gegenmacht zu den USA, erledigt zu haben. Wir wollen hier nicht untersuchen, weshalb die Selbstdefinition des Proletariats so tiefgreifend und riskant in der Existenz eines Staates verankert wurde. Sicherlich ist dies eine Verkürzung und auch eine theoretische und politische Schwäche der kommunistischen Bewegung nach den 20er Jahren gewesen, auch wenn die »vorwärtstreibende Kraft« seines Symbols und das Netz der Dritten Internationale noch bis in die Gegenwart spürbar bleibt. Sicher ist jedenfalls, daß der Fall der Berliner Mauer 1989 sowie die Auflösung der Sowjetunion etwas zusammenbrechen ließen, was sich schon vorher verschlissen hatte.

Das Phänomen des Niedergangs der kommunistischen Bewegung wird in der »Sieger«-Literatur sehr holzschnittartig dargestellt und kommt in sehr

fragwürdigen Thesen zum Ausdruck: die These einer durch das Ende der UdSSR befriedeten Welt, in der das kapitalistische Gesellschaftssystem endgültig besiegt hat; die (ähnliche und noch zugespitztere) These vom »Ende der Geschichte« von Fukujama. Beide Thesen hatten eine Lebenszeit von nur wenigen Jahren, bis sie - nicht zuletzt aufgrund ihrer journalistischen Popularisierung - von den Thesen Huntingtons abgelöst wurden, wonach der Klassenkampf durch die Auseinandersetzung zwischen den Zivilisationen ersetzt wird, die - im Unterschied zum Klassenkampf - prinzipiell unlösbar ist, weil sie per definitionem »fundamentalistisch« ist.

Sicher ist, daß die westliche Arbeiterbewegung nunmehr die Zeche für die allzu lange und selbstverschuldete Illusion nationaler und westlicher Selbstgenügsamkeit bezahlen muß, die schon vor Zeiten von einigen linken Theoretikern wie Baran oder Sweezy beklagt wurde. Diese hatten beobachtet, daß die Klassenkompromisse in den entwickelten Ländern häufig zu Lasten der rückständigen Länder gingen. Im Norden lösten die Protagonisten beider Seiten nicht selten ihre Umverteilungsprobleme durch kapitalistischen und imperialistischen Raubbau im Süden, was vom westlichen Proletariat weitgehend mit Schweigen übergangen wurde. Die westliche Linke ging davon aus, daß möglichst günstige Kräfteverhältnisse im Norden den Rest der Welt »mitziehen« würden, wie ja auch das Kapital seinen Siegeszug von dort aus angetreten hatte, wo es am entwickeltsten war.

Tatsache ist, daß die in Sozialdemokraten und Kommunisten gespaltene Arbeiterbewegung sowie die Befreiungsbewegungen insbesondere nach dem Ende der Dritten Internationale und während des Zweiten Weltkrieges als nationale Bewegungen aufgetreten sind und sogar aufhörten, ein System der gegenseitigen Unterrichtung und des Informationsaustauschs zu unterhalten. Der Globalisierung des Kapitals entsprach zwar die Globalisierung des Proletariats, aber ganz zu schweigen von einer Organisation gab es hierfür keine artikulierte, weltumspannende Bewußtseinsform. Und dies nicht einmal in Europa, wo die Arbeiterbewegung hinsichtlich der Lohnentwicklung und der sozialen Sicherheit ihre größten Erfolge errungen hatte. Dem transnational operierenden Unternehmen steht kein wie auch immer gearteter transnationaler Widerpart der Lohnabhängigen gegenüber. In die verschiedenen Länder und Systeme industrieller Beziehungen aufgespalten kennt dieser Widerpart sich selbst nicht, stellt keine inneren Verbindungen her, tendiert eher zur Selbstzerfleischung als zum Aufbau einer gemeinsamen Front. Nicht einmal die Krise der »sozialistischen« Identität wurde gemeinsam erörtert, was schon zur Krise selbst gehört.

Warum aber wird der reale Widerspruch nicht mehr gesehen und nicht mehr interpretiert? Ohne Zweifel waren die Arbeiterbewegung und ihre Kultur, der originäre Marxismus und auch dessen populärwissenschaftliche

Variante wichtige Instrumente der Analyse und der Prognose - gerade hieraus schöpften sie ihre eigentliche Kraft. Mit welchen Fehlern und Schwächen sie auch sonst behaftet waren: Es gehörte zur Kultur dieser Arbeiterbewegung, die Tendenzen auf der Gegenseite verstehen zu können.

Warum dieser Abbruch? Warum hat die Arbeiterbewegung so plötzlich diese Fähigkeit verloren; warum ist sie nicht mehr fähig, die Veränderungen zu erkennen und zu interpretieren?

Es ist dies keine müßige oder rein historische Frage. Die Antwort des siegreichen Kapitalismus lautet: Der Glaube sei illusorisch, daß es für die kapitalistische Produktionsweise noch irgendeinen inneren oder von außen hineingetragenen Widerspruch geben könne, der den Keim des Umsturzes in sich trüge. Die kapitalistische Produktionsweise, so das Argument, sei »die Produktion« schlechthin; ihre zerstörerischen Begleiterscheinungen seien Teil eines Wachstumsmechanismus, der letzten Endes immer zum Positiven ausschlage. Das Unternehmen sei die eigentliche Produktionsform, dem sich die Arbeitskraft unterordnen und je nach Konkurrenzanforderung durch quantitative und qualitative Veränderung anpassen müsse; der Markt sei Motor und Regulator zugleich. Ohne Kapital, Unternehmertum und Markt könne es nur Stillstand geben; dies sei das Supersubjekt der Moderne.

Wir sind der Auffassung: Sollte sich dieser Prozeß wirklich durchsetzen, dann würden die Grundlagen der modernen Gesellschaften und Demokratien auf den Kopf gestellt werden. Diese beruhen - man denke nur an die Menschenrechtserklärungen - auf substanziellen Freiheits- und Gleichheitsrechten für jedes menschliche Wesen. Der Marxismus ist realiter der konsequente Erbe dieses Ansatzes, indem er die materiellen Bedingungen der Freiheit hervorhebt. Gegen den Kommunismus kann eingewendet werden, daß er so lange auf den materiellen Bedingungen von Freiheit insistierte (z.B. auf der Eigentumsfrage), bis er schließlich in Totalitarismus und politische Ungleichheit umschlug: So die liberale und libertäre Kritik, und es liegt bei den Kommunisten, darauf eine Antwort zu finden.

Aber das Problem, was denn eine planetarische Zivilisation sei, in der von vornherein die Ungleichheit der Lebensbedingungen und der Verfügungsmacht über die »Art und Weise des Lebens und Produzierens« als notwendig gesetzt wird, ist enorm. Hier kommt die Frage nach dem modernen politischen Subjekt ins Spiel: Was unterscheidet den Bürger vom Untertan, wenn nicht die Gleichheit des Rechts, über das gemeinsame und eigene Schicksal mitentscheiden zu können? Es ist klar, daß mit der Forderung »gleiche Freiheitsrechte und freie Unternehmertätigkeit« lediglich der Kapitalist mit dem Status des Bürgers in seinem vollen Sinn übereinstimmt; während dies beim Nicht-Kapitalisten bzw. Nicht-Besitzer der

Mittel für Subsistenz, Ausbildung und Partizipation nicht der Fall ist. Neben diesen Grundwiderspruch, der die immer radikaler werdende Ungleichheit der Subjekte betrifft, tritt nunmehr die Auswirkung des neuen Produktionsmodells auf die Nationalstaaten. Das Unternehmenssystem agiert grenzüberschreitend und läßt auf die Einzelstaaten die Bevölkerungsteile ab, die es marginalisiert.

Andererseits haben die Deregulierung und der freie Verkehr der Kapitalien den nationalen Instanzen die Möglichkeit entzogen, ihre Bewegungen mitzusteuern, so daß diese Instanzen ihre Souveränität über die eigenen Ressourcen verlieren. Aber der Staat bleibt der territoriale Bezugsrahmen, innerhalb dessen jeder Bürger sein aktives und passives Wahlrecht ausüben und zu den Problemen seines Landes ein Mandat erteilen kann. Die Funktion der parlamentarischen Demokratie hängt also am Prinzip der politischen Souveränität von Regierung, repräsentativen Institutionen und Volk und wird mit ihm in Frage gestellt. Auch hier stößt also der Triumph der Demokratie als Machtssystem von unten und als umfassende Verteidigung des Individuums - siehe die Jubelchöre, die 1989 angestimmt wurden - brutal mit dem Machtverlust auf der Ebene des Nationalstaats zusammen, auf der allein es demokratische Repräsentanz und legitimierte Gesetzgebung gibt.

Die Unternehmen entziehen sich dem. Außerdem weisen die Unternehmer die Forderung zurück, wonach der Staat über eigene Interventionsrechte verfügen soll, und zwar sowohl im strategischen Bereich des Eigentums und der Wirtschaft (einst sah man die Produktion als unentbehrlich für die staatliche Autonomie an), als auch im Bereich der staatlichen Dienstleistungen (Sozialstaat) sowie auf dem neuen Gebiet des Kommunikationswesens. Damit bricht eine tragende Säule der Demokratie weg, die sich nun explizit auf das reduziert, was schon Marx angriff - nur die elementaren politischen Rechte bleiben übrig -, denn der Zugriff auf die Schalthebel für die Entwicklung und die Ressourcen eines Landes ist tendenziell nicht mehr auf politischem Weg, sondern nur noch aus dem Produktions- und Akkumulationssystem selbst heraus möglich.

Aber innerhalb welcher Grenzen kann denn von der Krise des Nationalstaates gesprochen werden? In Wirklichkeit üben die Nationalstaaten auch heute noch einen nicht zu unterschätzenden Einfluß aus; man denke nur an den militärischen Bereich, an die Kontrolle über die Polizei und an das Justizsystem, wo die Konflikte zwischen Privatpersonen ausgetragen werden und der Staat das Recht der Absonderung des Individuums aus der Gemeinschaft exekutieren kann. Auch auf dem Gebiet der Ökonomie verbleiben in der Hand des Staates wichtige Hebel, insbesondere der Fiskus und - wenn auch nunmehr in sehr begrenzter Form - das Geld. Über den Haushalt übt der Nationalstaat immer noch die Funktion der gesellschaftli-

chen Umverteilung zwischen den Klassen aus, hier begünstigend, dort reduzierend, wobei er sowohl die Bedingungen für den Zustrom von Kapital aus dem Ausland als auch für die Kapitalflucht schafft. Die immer noch vorhandene Rolle und Macht des Nationalstaats und seine Möglichkeiten, die von der Globalisierung erzeugten konkreten Interessenkonflikte im nationalen Rahmen zum Ausdruck zu bringen, sollten deshalb auch nicht unterschätzt werden: Der Nationalstaat bleibt bis auf weiteres ein privilegiertes Terrain für das multinationale Unternehmen, das über ihn versucht, für sich die vorteilhaftesten Standort-Bedingungen auch im Hinblick auf den Arbeitsmarkt herauszuschlagen. Was übrigens die Rechte genau weiß, die mit allen Mitteln darum kämpft, diese öffentlichen Hebel in die Hand zu bekommen.

Das Medium des Staates reflektiert den weltweiten Wettbewerb sowohl in der Form ökonomischer und monetärer wie auch in der Form militärischer Macht. Das amerikanische Golf-Unternehmen führte vor, daß der Wettbewerb auch vor Repression nicht haltmacht. Sie gehört in das Szenario von »Regional«-Mächten, die immer stärker auftrumpfen, und in neue Konfliktsituationen (die man früher »imperialistisch« genannt hätte) zwischen den Polen der Triade, die zu den USA nicht in einem Vasallenverhältnis stehen, und neu entstehenden Interessensphären.

Von diesen sich ständig verändernden komplexen Machtverhältnissen, die sich einst auf den einzelnen Staat bezogen, wurde die Arbeiterbewegung auf dem falschen Fuß erwischt. Ein ganzes Jahrhundert lang hatte die Arbeiterbewegung an der eigenen »Nationalisierung« gearbeitet, gerade weil ihr aufgrund ihrer ersten Hauptparole »Proletarier aller Länder, vereinigt euch« vorgeworfen wurde, ihr Internationalismus sei in Wahrheit antinational. Während des Ersten Weltkrieges opferte sie ihren Internationalismus für das »patriotische« Interesse (was intern zu einer schweren Krise führte), und als später die Sowjetunion entstanden war, sah sie sich nicht nur dem Verdacht ausgesetzt, antipatriotisch zu sein, sondern auch den Interessen des ersten proletarischen Staates, der UdSSR, den Vorrang vor denen des eigenen Landes zu geben. Und gegenwärtig kommt eine Kampagne in Gang, die die Kommunistische Internationale als ein Netz von sowjetischen Geheimagenten anzuprangern versucht, ebenso wie die kommunistischen Parteien, oft auch die Klassen-Gewerkschaften und schließlich die antifaschistische Widerstandsbewegungen als Instrumente der Sowjetunion hingestellt werden.

Die Arbeiterbewegung entwickelte sich in der Schere zwischen dem Internationalismus der Klasse und der nationalen Integrität; und betonte dabei vor allem ihren nationalen Charakter, was durch die Volksfronten und den Zweiten Weltkrieg noch bestärkt wurde. In dem Maße, wie sie sich von re-

volutionären bzw. aufständischen Konzepten lossagte und sich auf die Erlangung institutioneller Macht konzentrierte, verstärkte sich ihr nationaler Charakter, und zwar zu Lasten eines stillschweigenden Internationalismus und teilweise auch als Hindernis dafür, daß sie innerhalb der Gesellschaft noch Bedürfnisse nach Autonomie entwickeln konnte.

Der Vorwurf, die Arbeiterbewegung sei etatistisch, ist naheliegend: Der politisch-soziale antikapitalistische Block konkurriert nicht um das Eigentumsrecht an den Unternehmen, über das er per definitionem nicht verfügt, sondern darum, daß sich der Zugang aller zu sozialem Eigentum erweitert. Der Keynesianismus und die gemischten Ökonomien nach der Weltwirtschaftskrise 1929 haben ihm dafür theoretischen und politischen Raum gegeben. Diese Bezogenheit auf den Staat, die im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung einen alternativen Weg aufrecht zu erhalten schien, um den es beim »italienischen Weg zum Sozialismus« ging, ist in den 70er Jahren von einigen Gruppen und Bewegungen der Linken kritisiert worden. Die auf den Staat ausgerichtete Politik der Linken, so ihr Einwand, solle doch die breiten Volksschichten repräsentieren; mit dem »historischen Kompromiß« jedoch habe man dies aufgegeben, um auf eine angebliche Neutralität des Staates hinzusteuern. Und dies gerade zu dem Zeitpunkt, als die Offensive der Trilateralen und des Kapitals insgesamt die Präsenz der Linken in den Institutionen zurückzudrängen und dem Nationalstaat die Eingriffsmöglichkeiten in die Ökonomie zu entziehen begann. Vor diesem Hintergrund hat die Krise des Dreigestirns Craxi, Andreotti und Forlani nicht die Linke, sondern vielmehr die politische Rechte begünstigt. Diese spricht ihre beiden Ziele offen aus: Einerseits will sie der Linken bei den Wahlen die politische Legitimation entziehen, zum anderen will sie dem öffentlichen Bereich, auf den die Linke noch Einfluß nehmen könnte, jede Interventionsmöglichkeit entziehen. Denn tatsächlich war Italien in der zweiten Hälfte dieses Jahrhundert in doppelter Hinsicht im kapitalistischen Westen ein Ausnahmefall: es gab eine starke kommunistische Partei und einen bedeutenden ökonomischen Einfluß der öffentlichen Hand.

### 3. Themen für einen Arbeitsplan

Insgesamt münden unsere Überlegungen in grundsätzliche Fragen nach den Kategorien der »Linken« im allgemeinen, der »Arbeiterbewegung« bzw. ihrer »revolutionären« oder »kommunistischen« Variante im besonderen. Dabei stellt sich zunächst die Frage nach den sozialen Kräften, die von der Globalisierung und dem Postfordismus betroffen werden. Wir wissen, daß sie vielschichtig und gespalten sind. Aber kann man sie bestimm-



men, kann man sie zusammenführen? Kann man sie mit der Kategorie des proletarischen Subjekts erfassen?

Die Durchschlagskraft der Arbeiterbewegung marxistischen Ursprungs beruhte darauf, daß sie sich als »allgemeine Klasse« verstanden hat. Nicht in dem dümmlichen Sinn, sich zur Vertreterin von allen oder (noch schlimmer) einer »Mehrheit« zu erklären, sondern in dem Sinne, daß von den Beziehungen, die bei der Organisation der existenznotwendigen Produktion zwischen den Menschen entstehen, ihre Freiheit abhängt - oder daß sich hier Machtverhältnisse konstituieren, aus denen sich die Gesetze, die Kulturen und die sonstigen Machtverhältnisse ableiten lassen oder sich zumindest mit ihnen verbinden. Der Begriff »links« ist zum politischen Synonym für die Verteidigung und »Befreiung der Arbeit« geworden, um aus ihr ein Subjekt und nicht eine Ware zu machen. Und es war klar, daß ihre Verteidigung - als Beschäftigung, Kompetenz, Entlohnung - gleichzeitig auch die Verteidigung des politisch-sozialen Individuums bedeutete, das ein intrinsisches Interesse an einer Gesellschaft freier Bürger hatte, in der Männer und Frauen endlich von der Fremdbestimmung durch den Herrscher, die Kirche oder das Eigentum entbunden sind.

Gilt diese Gleichung noch heute? Bedeutet auch im Jahre 2000 das Eintreten für die Arbeit und die Arbeitenden die Verteidigung des Subjekts der Emanzipation? Wenn ja, läßt sich dann diese Emanzipation überhaupt noch in den Begriffen eines Gesellschaftsprojektes ausdrücken, in dem die Arbeit gemeinsam in Angriff genommen wird und frei von Profit ist? Hat also noch die marxistische Idee von einer »Produktionsweise«, die von der Sphäre der Politik und nicht von der Anarchie des Marktes bestimmt wird, Gültigkeit?

Wenn dies der Fall ist, dann käme dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eine weitaus tiefgehendere Bedeutung zu, als lediglich der Schutz der Beschäftigten. Während weltweit ein Rückgang der im produktiven Sektor Beschäftigten zu verzeichnen ist, nimmt die Produktion selbst unaufhaltsam zu. Ein erster Schritt zum Gegensteuern wäre es, den Produktionszuwachs dafür zu verwenden, daß alle weniger arbeiten, statt daß immer weniger Beschäftigte immer mehr arbeiten. Die Parole »weniger arbeiten, Arbeit für alle« bliebe auf der Tagesordnung und bekäme mehr denn je einen vereinheitlichenden Sinn, auch zwischen »fortschrittlichen« und »zurückgebliebenen« Gesellschaften. Die »fortschrittlichen« Gesellschaften würden aufhören, Raubbau an den natürlichen Ressourcen zu betreiben und gleichzeitig aufgrund zu hoher Lohnkosten in das Dilemma Arbeitslosigkeit und Marginalisierung zu geraten. Die »zurückgebliebenen« Gesellschaften hingegen könnten sich von der Last befreien, lediglich als Reservoir von Arbeitskräften zu fungieren, die entweder zur Emigration oder zu

unregelmäßigen Frondiensten am Ort gezwungen werden. Vor diesem Hintergrund hat die Forderung nach einer Verringerung der Arbeitszeit, d.h. nach Verteilung der vorhandenen Arbeit auf möglichst viele Personen - eine Forderung, der sich das Kapital, die internationalen Organe und das Gros der »neoliberal« gewordenen politischen Klasse nach Kräften entgegen stellen - eine erheblich weitreichendere Bedeutung als nur die der Beschäftigungssicherung: sie hätte sogar strategische Bedeutung.

Dasselbe könnte für Überlegungen gelten, die auf die Errichtung eines vom eigentlichen Arbeitsmarkt abgekoppelten Bereichs »sozial nützlicher Arbeiten« hinauslaufen und von Ökonomen wie etwa Giorgio Lunghini oder auch von der »Legambiente« (italienische Umweltorganisation, Anm. d. Übers.) vertreten werden. Ein solcher Bereich würde der Überführung der sozialen Reproduktion in die Warenförmigkeit entgegentreten, die heute durch eine künstliche Multiplikation der Konsumgüter und -formen forciert wird. Ohne auf diese Überlegungen weiter eingehen zu wollen, werfen sie doch die Frage auf: Wer kann die Logik des Wettbewerbes bremsen? Wer entscheidet darüber, einen alternativen Arbeitssektor zu schaffen? Wer legt hierfür die Regeln fest und bestimmt die Ressourcen?

Es drängt sich erneut die Frage auf, ob man eine zwischen Staat und Markt gemischte Wirtschaftsordnung vorschlagen sollte, um unter den Bedingungen des Postfordismus eine neue Form des sozialen Kompromisses keynesianischen Typs anzustreben. Aus Sorge um den exponentiellen Anstieg der Arbeitslosigkeit gibt es in Europa soziale Kräfte, insbesondere einige Gewerkschaftsverbände und Beamte der EG (von Jacques Delors bis zur Lissabon-Gruppe), die in diese Richtung drängen.

Jedenfalls setzt ein derartiges Projekt - soll es reale Auswirkungen auf die Entwicklung haben - einschneidende Veränderungen im herrschenden Entwicklungsmodell sowie eine veränderte Werteskala voraus, d.h. es bedarf eines sozialen Subjekts, die dieses Projekt im Konflikt mit den heute dominierenden Gruppen durchhält. Solche Teilprojekte haben wenig Aussicht auf Erfolg, wenn es nicht zu einer breiten öffentlichen Kritik und zur Herausbildung eines sozialen Bündnisses (eines »Blocks«) kommt, das fähig ist, die Auseinandersetzung mit dem großen Kapital und der sie stützenden Kultur zu führen.

Aber gerade hier, wo es um die Rekonstruktion von Subjektivität geht, stellt sich am Ende dieses Jahrhunderts auch eine andere Frage. Kann die Arbeit noch ein Wert sein? Ist nicht im Bewußtsein vieler - zumindest in den komplexen Gesellschaften - ein Zweifel hinsichtlich der Prioritätskala und der Ziele der menschlichen Existenz entstanden? Es ist evident: Wer die von ihrer Warenform befreite Arbeit zum Angelpunkt macht, wirft nicht das Problem der Umverteilung, sondern der Struktur der Gesellschaft

und des Individuums auf: die Verwendung der Zeit im menschlichen Leben; das Verhältnis zwischen Produktions- und Reproduktionszeit, zwischen beidem und den Zeiten der Ruhe, zwischen kollektivem und individuellem Leben, zwischen Arbeit und Lernen, dem Handeln und dem Betrachten, dem Sein und dem Machen.

Das tendenzielle Ende des Gleichschritts von Wirtschaftswachstum und wachsender Beschäftigung hat bei der Linken zu einigen grundlegenden Reflexionen geführt. Dies vor allem deshalb, weil die marxistische These von der Revolution in dem Maße chancenlos zu werden schien, wie es nicht zu der erwarteten Ausdehnung der aggegrierten Arbeitermassen (in denen Marx den Akteur der Revolution sah) kam. Aber auch weil eine historische Forderung der Lohnabhängigen und der modernen Linken an Wert einbüßte oder inzwischen als ein Fallstrick des Kapitals erscheint: das Recht auf Arbeit sowie auf das Aushandeln der Löhne, also das Recht, das Wachstum und die Verteilung seiner Früchte auszuhandeln. Vor allem aber: Liegt nicht in der Industriearbeit selbst ein intrinsisches Moment von Entfremdung? Warum soll das Proletariat eine subalterne und entfremdete Situation beibehalten wollen? Damit wird nicht nur die Möglichkeit, sondern auch der Nutzen des Anspruchs auf Arbeit als grundlegendes Moment des Klassenbewußtseins in Frage gestellt.

Im Lichte solcher Überlegungen erscheint die Krise des realen Sozialismus auch als Krise »hyperfordistischer« Gesellschaften, die sich der »Arbeit« verschrieben haben und auf zwei Subjekte gründen (die Produktionsmittel, die sich der staatliche Arbeitgeber als »politischer« Repräsentant der sozialen »Arbeiterklasse« aneignet), und wo einfach das Arbeitsprodukt »gerecht« an die soziale Gemeinschaft verteilt wird. Nach dieser Lesart verblieben die realsozialistischen Gesellschaften im Schema des fordistischen Kapitalismus und verdichteten sich zu politisch-organisatorischen Hierarchien, die keinen Raum für die Freiheit des Individuums ließen (die ganze Gesellschaft ist wie eine Fabrik). Die Geschehnisse im Osten wären somit als eine Variante der Krise der »economics of scale« zu interpretieren, oder mehr noch: der Osten wäre der Ort gewesen, wo der Fordismus am konsequentesten angewandt wurde und wo sich die ökonomischen und politischen Grenzen dieser Ökonomie früher als anderswo gezeigt hätten (wirtschaftliche Stagnation, nachlassende Innovationsfähigkeit, politisch ein System der Einkkerkerung).

Hieraus resultiert eine radikale Kritik an jedem Gesellschaftsmodell, welches über die Arbeit die gesellschaftlichen Beziehungen und Bürgerrechte reguliert. Die unterdrückte Klasse sei dann von den »Werten« der herrschenden Klasse durchdrungen. Will man sich wirklich von der Entfremdung befreien - so die zugespitzte These -, dann muß man sich nicht nur

von der Lohnarbeit befreien, sondern die eigene Person auch von jeder Verdinglichung und vom Austausch menschlicher Tätigkeiten. Die Technologie, so wird behauptet, macht dies möglich, da der Westen mittlerweile im Überfluß produziert: zuviel, zu konzentriert, zu verschwenderisch, ohne realen Bezug zu den Bedürfnissen sozialer Reproduktion, nur auf den Profit ausgerichtet - und mit dem Konsum als tendenziell einzigem Identifikationsmodell.

Aufgrund einer solchen Analyse verändert sich das politische Ziel, das die Emanzipation der Lohnabhängigen charakterisierte, nämlich die Forderung nach einer veränderten Eigentumsordnung für die Produktion, die »Gleichheit« für alle im Hinblick auf die materiellen Güter garantiert. Autoren wie Gorz, Latouche, Aznar usw. vertreten, daß es die gegenwärtige Produktionsmenge und die dafür immer geringer werdende notwendige Arbeitsmenge erlauben, sich von der Arbeit als Mittel des Unterhaltes und als Angelpunkt des Sozialstaates zu verabschieden. Lebensunterhalt und politische Rechte könnten von der Arbeit getrennt werden; die Gesellschaft oder der Staat müßten mittels des sogenannten »Bürgerlohnes« ein festes Grundeinkommen für alle garantieren. Verdienst aus Arbeit gäbe es nur noch mit Unterbrechungen, d.h. er wäre nicht notwendig; die Fülle individueller Menschlichkeit wäre schon a priori realisiert.

Aus dieser Sichtweise mündet die Krise der Arbeit in die Krise der historischen Gründe, die einmal für die Linke sprachen. Diese beendet ihren Zyklus in dem Sinne, daß ihr Träger, die Arbeiterklasse, zu existieren aufhört. Das Gewicht des Subjekts und der Aufhebung seiner Entfremdung würde sich vom äußerlichen und kollektiven Machen (gemeinsames gesellschaftliches Produzieren) auf die direkte Verwirklichung des Individuums in der Gesellschaft verlagern.

Es wäre das Ende des klassischen politisch-revolutionären Projektes. Dabei ist interessant, daß sich dieses nicht nur im Innern und zusammen mit der postfordistischen Ära ankündigt. Die Emanzipation von den nackten Bedürfnissen, die der westliche Industrialismus hervorbrachte, sowie die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgegangene komplexe politische Wirklichkeit haben die Grenzen einer Gemeinschaftsidee ans Licht gebracht, welche ihren Sinn in der Art und Weise findet, wie die Menschen ihre Existenz produzieren und organisieren. Eine Gemeinschaftsidee, der »Produzieren« sowohl als Imperativ wie auch als Grenze erscheint.

Die neuen politischen Subjekte haben diese Kritik seit Beginn der 70er Jahre in vielfältiger Weise zum Ausdruck gebracht. Weiter als die ökologische Anklage reicht der Protest von seiten des Feminismus, wonach in der politischen Sphäre eine männliche Sichtweise vorherrscht, die durch Konkurrenz und Bellizismus charakterisiert ist und von den körperlichen Be-

findlichkeiten, den Gefühlen und den Zeiten der Reproduktion abstrahiert, ihre Realität verleugnet und nicht in die Kultur der Polis aufzunehmen vermag. Körper und Geschlecht, deren Problematik eine bisher unbekannt Dimension angenommen hat, sperren sich gegenüber der juristischen Abstraktion, der *reductio ad unum*, die Asymmetrie zurückweist und zu den Grundlagen männlicher Kultur und Macht gehört. Dabei handelt es sich keineswegs um den verkürzenden Blick auf die Vorrangstellung eines Geschlechts, denn dahinter steht die verarmende Reduktion des Daseins auf das Ökonomische, auf das Machen, eine Reduktion, die in brutaler Weise die Komplexität und Mannigfaltigkeit der individuellen wie der gesellschaftlichen Existenz beschneidet.

Diesen Aspekt in Angriff zu nehmen, bedeutet eine Horizontverschiebung der Linken, weil dadurch andere Lebensbereiche in den Blick geraten, die mit den Wissensbeständen und Methoden des instrumentellen Handelns weder reduzierbar noch meßbar sind. Sie bestimmen vielmehr ein anderes Verhältnis, einen anderen Typus der Beziehung, und machen deshalb auch eine andere Sprache erforderlich.

Der Feminismus hinterfragt deshalb den aktuellen Horizont der Emanzipation, der die Frage der Chancengleichheit als Übergang von der Unterordnung zur Gleichstellung ins Zentrum stellt. Dabei werden Bereiche des Menschlichen angesprochen, in denen andere Dimensionen des Lebens (Körper, Eros, Affektivität) zum Zuge kommen, deren Spezifikum gerade in ihrer individuellen Unwiederholbarkeit liegt, die ihrerseits auch durch den Unterschied der Geschlechter geprägt ist. Es sind dies Fragen, die in der öffentlichen Diskussion an Brisanz gewinnen. Hier genügt ein Blick auf den Bereich der Bioethik, der wieder das Problem juristisch-staatlicher Macht aufwirft: Ist es möglich, mit juristischen Abstraktionen einen Lebensbereich zu ordnen, aus dem die Autonomie des/der einzelnen nicht verbannt werden kann?

Im Feminismus findet auch eine Sorge Widerhall, die den rigiden Charakter »aufgeklärter Vernunft« betrifft, welche den Industrialismus verinnerlicht habe und umgekehrt. So sei die Unmenschlichkeit der Technik inhärent, was sich in Vermassung, Auslöschung des Ichs, menschlicher Vernichtung umsetze (Heidegger).

Schließlich noch eine letzte Bemerkung. Wenn der entscheidende Bezugsrahmen der Sozialverfassung nicht mehr die Arbeit ist, dann kann sie es auch nicht mehr für die Zivilverfassung sein. Auf den Prüfstand kommt damit auch die Idee des Staatsbürgers als aktives Gesellschaftsmitglied, eine Idee, die für die Repräsentation konstitutiv war. Der allgemeine und »abstrakte« Charakter dieser Idee wird kritisiert, und zwar zugunsten einer differenzierteren (Geschlecht, Tradition, Ethnie, Blutsgemeinschaft oder

Kultur) oder auch transitorischeren (Meinung, Elemente von Bewegung) Konzeption von Identität.

Welches auch immer die Lösungen für diese Art von Problemen sein mögen, so muß doch die Brisanz hervorgehoben werden, welche das Thema des Verhältnisses von Arbeit und Leben erhält. Der alles durchdringende Charakter des Produktionssystems und seine Tendenz, das gesamte Dasein zu konditionieren und nicht nur auf die Formen, sondern auch auf den Inhalt der politischen Macht einzuwirken, bestätigt noch einmal die sich beschleunigenden Probleme, die im Schoß der neuen Phase des kapitalistischen Produktionsverhältnisses entstehen.

Die Diskussion ist offen. Vielleicht sollte man jedoch festhalten, daß die von der Arbeiterklasse (um hier diesen klassischen und geschichtsträchtigen Begriff zu verwenden) geprägte Linke nur dann die Herausforderung des Postfordismus bewältigen kann, wenn es ihr gelingt, Sprachrohr auch jener Lebensbereiche zu sein, die weder in Produktion noch in Geld meßbar sind und sich der Konfiguration bzw. Abstraktion des Politischen entziehen.

Wenn man sich dieser Problematik annimmt, besteht dann nicht die Gefahr, daß man sich von der Realität entfernt? Mitnichten. Man dringt vielmehr in die Tiefe der Realität ein. Es geht um die Analyse einer Phase und um den Rahmen einer praktikablen Strategie. Und es wird auch einfacher, Realist zu sein sowie politische Machtverhältnisse und mögliche Kompromisse auszuloten. Die Wurzel dieser Aufzeichnungen bildet das Problem, wie und auf welchen Wegen, Gabelungen und Etappen sich eine Kritik an der gegenwärtigen Entwicklung des Kapitalismus und eine antagonistische politische Subjektivität (re-)konstruieren lassen, und wie sich gemeinschaftliche Formen finden lassen, die einen Prozeß der Befreiung der Arbeit, ein neues Entwicklungsmodell und ein Modell für die Gestaltung der menschlichen Beziehungen tragen können. Zumindest für diejenigen, die danach fragen, welche Bedeutung heute noch der Begriff »Kommunismus« haben kann, sei bemerkt, daß wir ihn in unserem Vokabular immer noch fortschreiben, für wie schändlich man das auch immer halten mag.

Aus dem Italienischen übersetzt von Siegfried Schieder und Hartwig Heine